Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn in der Woche vom 22. bis 28. September 12000000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 3000000 M. Einzelnummer 2500000,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 135 M., die 90 mm breite Reklamezeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schlüsselzahl: 30000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 800000 M

Nr. 223 | Dresden, Montag den 24. September 1923 | 34. Jahrg.

Die Wendung im Westen

Beratungen über die Art des Verzichts auf den Widerstand

Ueber die Entschlossenheit der Reichsregierung zur Wendung der Dinge im Westen wird uns aus Kreisen der Reichsregierung folgendes mitgeteilt:

Deutschland steht am Wendepunkt seiner Politik sowohl in innen- wie außenpolitischer Beziehung. Unsre finanzielle Lage ist überaus traurig, die Position der französischen und der belgischen Truppen im Ruhrgebiet gestärkt, so daß eine Fortsetzung des passiven Widerstandes unwirksam und damit zwecklos ist. Politisch und wirtschaftlich haben wir den Kampf verspielt, moralisch ist er gewonnen. Der Beweis ist geführt, daß Frankreich nicht imstande ist, das Ruhrgebiet produktiv zu gestalten, wenn die ansässige Bevölkerung es nicht will. Das ist freilich für den Augenblick kein großes praktisches Ergebnis, kaum von Bedeutung für die jetzt kommenden Verhandlungen, aber immerhin doch eine Tatsache, die aus innerpolitischen Gründen der Anerkennung bedarf und deren Wert vielleicht in der späteren Geschichte einmal festgestellt werden wird.

Die Reichsregierung ist entschlossen, aus dieser Lage die Konsequenzen zu ziehen. Sie ist verantwortlich und eben dieser Verantwortung wegen muß sie den Schritt selbst gegen einen Teil der Bevölkerung machen, den sie für notwendig erachtet, und offen ihre Auffassung über die Lage äußern. Ein Volk, dessen wirtschaftliche Lage vollkommen zerrüttet ist, das heute lediglich um seine staatliche und wirtschaftliche Existenz kämpft, kann sich keine Ausgaben mehr für einen unwirksamen Kampf leisten, dessen Zweck längst überholt ist. Das offen auszusprechen, ist die Absicht der Regierung in den kommenden Tagen. Sie trat am Sonntag bereits zu einer Sitzung zusammen, die der Methode des Verzichts auf den passiven Widerstand galt, um so wenigstens auf absehbare Zeit die Voraussetzungen zur Konsolidierung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu schaffen, die Souveränität des Reiches zu retten sowie den Ausgewiesenen und Verhafteten die Heimat als freie Staatsbürger der deutschen Republik wiederzugeben. Dabei ist sich die Reichsregierung bewußt, daß sie den schwierigen Schritt mit dem Ziel der Rückkehr zur Produktion in den besetzten Gebieten nur machen kann, wenn ihr die Unterstützung der maßgebenden Instanzen der Ruhrbevölkerung und der Ministerpräsidenten der Länder zuteil wird. Deshalb werden auch sie in der mit ihnen angesetzten Konferenz am Dienstag in Berlin zunächst über ihre Auffassung befragt. Sie sollen mitbestimmen, aber dann auch die schwere Last der Verantwortung, die auf dem Reichskabinett in den kommenden Tagen liegt, tragen helfen.

Französische Hartnäckigkeit

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat am gestrigen Sonntag wieder seine üblichen Reden bei Kriegerfesten gehalten, und zwar gleich drei. Dabei steigerte er seine Hetzerei gegen Deutschland zu immer schärferer Verurteilung, um in der letzten Rede im Priesterwalde dann folgendes zu erklären:

Die deutsche Regierung hat immer noch nicht eingesehen, daß sie den Krieg verloren hat, sie erfüllt weder noch begreift sie den französischen Standpunkt. In einigen Wochen werde die deutsche Regierung den Widerstand nicht mehr bezahlen können, und selbst wenn er länger unterstützt werde, werde er dennoch zusammenbrechen. Es bleibe also nur übrig, festzustellen, daß der Widerstand nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspricht, und daß diejenigen, die ihn angeordnet hätten, ihn zurückziehen müßten. Auch die Aussichten auf Anarchie im Herzen Europas können Frankreich nicht schrecken. Die Erde um Frankreich herum könne zittern, Frankreich selbst sei immun gegen die Ansteckung (?). Frankreich verlange nicht mehr als die loyale Erfüllung des Friedensvertrages. Es sei an der Regelung mehr interessiert als irgend jemand, aber es wolle nicht die Kosten dafür tragen. Frankreich sei bereit, zu einem Ende zu kommen, ebenso wie Deutschland und die Alliierten. Deutschland müsse aber zuerst mit dem passiven Widerstand ein Ende machen. Es müsse mit der Stellung von Vorbedingungen aufhören, denn Frankreich nehme keine Bedingungen an. Frankreich halte alle seine bisherigen Erklärungen aufrecht.

Diese Reden Poincarés sollen den Druck auf Deutschland bis zum vollen Erfolge der französischen Machthaber steigern, das ist leicht zu ersehen. Deshalb geht Poincaré auch mit keiner Silbe auf die Vorschläge des Reichskanzlers Stresemann ein. Er erkennt auch die bisherigen Vorbesprechungen nicht an, um alles so lange hinauszuziehen, bis der passive Widerstand im Westen verstegt ist. Der Berliner Berichterstatter des Petit Parisien hatte seinem Blatte gemeldet, daß alle Besprechungen mit Stresemann abgebrochen seien und die französischen Vertreter den Befehl erhalten hätten, weder Besprechungen zu führen, noch Erklärungen und Dokumente entgegenzunehmen. In Berlin wird diese Behauptung als unrichtig bezeichnet, aber zugleich muß zugegeben werden, daß die Tatsachen so lägen. Die Besprechungen Stresemanns mit den französischen und belgischen Botschaftern sind eingestellt. Die Angabe, daß Stresemann dem belgischen Gesandten seine Vorschläge schriftlich übergeben hat, scheint zuzutreffen, so daß er auf Antwort zu warten berechtigt ist. Da zugleich die Reichsregierung jetzt über die Form der Erledigung des passiven Widerstandes mit Vertretern des Ruhrgebiets und den Ministerpräsidenten der Länder berät, wird ja wohl binnen kurzem auch die Zeit zu direkten Verhandlungen mit Frankreich herankommen. Wenn sich Poincaré die Stellung von Vorbedingungen verbittet, so ist das eine Geste des Siegers — gemacht für die Außenwelt. Entscheidend ist aber, daß Deutschland durch die Verhandlungen wieder die Souveränität über das Ruhrgebiet erhält, daß die Ausgewiesenen zurückkehren, die Bestraften befreit und die andern französischen Gewaltmaßnahmen aufgehoben werden. Ob man dies „Vorbedingungen" oder „Folgen" der Verhandlung nennt, ist nicht von Bedeutung. Aber erfüllt müssen diese Tatsachen werden, darauf hat die deutsche Regierung hinzuwirken. Die gesamten Verhältnisse erfordern, daß trotz Poincaréscher Reden der Weg zu Verhandlungen fest und unbeirrt beschritten wird.

Die Regierung gegen Putschversuche

Berlin 23. September. Amtlich wird mitgeteilt: In der Oeffentlichkeit sind in letzter Zeit wiederholt Gerüchte aufgetaucht über Bewegungen, die sich gegen die Staatsgewalt richteten und einen Umsturz vorbereiteten. Von verschiedenen Seiten sind nach dieser Richtung auch öffentlich Drohungen ausgesprochen worden.

An der Stellung der Reichsregierung gegenüber etwaigen derartigen Versuchen kann ein Zweifel nicht bestehen. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat heute eine Beratung stattgefunden, an der der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, teilgenommen haben. Diese Beratung hatte den Zweck, alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig werden können, um derartige Bestrebungen unschädlich zu machen.

Es besteht unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung volle Uebereinstimmung darüber, daß gegenüber jedem Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staates eingesetzt werden müssen.

Die Begründung der Warnung

Ueber die Veranlassung zur vorstehenden Regierungswarnung vor Putschversuchen macht der Sozialdemokratische Parlamentsdienst folgende erläuternde Ausführungen:

„Die Ministerpräsidenten der Länder sollen am Dienstag in Berlin mit der Regierung über alle Maßnahmen beraten und ihr die Verantwortung für das Kommende tragen helfen. Diese Verteilung der Verantwortung ist notwendig. Die Folgewirkungen der unverantwortlichen Politik des Kabinetts Cuno, die in erster Linie die Untergrabung der Staatsautorität förderte und einer kaum beschreiblichen Korruption Tür und Tor öffnete, werden in ihrer vollen Größe erst auftauchen, wenn der praktische Versuch zum Abbau des passiven Widerstandes im Westen gemacht wird. Die dann beginnende Uebergangszeit von anormalen zu normalen Verhältnissen stellt das Reich vor neue, schwere soziale Erschütterungen, die vielleicht über die Nachkriegswehen von 1918/19 hinausgehen. Schon rühren sich die putschistischen Kräfte aller Richtungen eifrig, um unter dem Siegel eines sonderbaren „Patriotismus" den kritischsten Augenblick, der für unser Land herannaht, parteimäßig auszunutzen. In Bayern arbeiten die Vaterländischen Verbände offensichtlich auf den Bürgerkrieg hin, und auch die Rechts- und Linksbolschewisten in den andern Landesteilen treffen Vorbereitungen, die eine Absicht zum Bürgerkrieg ebenfalls bekunden. Sie suchen Waffen zu sammeln und Waffenlager einzurichten. Von all dem haben Reichsregierung und preußische Staatsregierung Kenntnis.

Es sind deshalb die notwendigen Vorbereitungen getroffen worden, um einen Putsch, von welcher Seite er auch kommt, mit den gleichen Mitteln, die zu seiner Durchführung benutzt werden sollen, niederzuschlagen. Aber die Absicht der Reichsregierung, mit allen Mitteln den Versuch zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu machen, kann nur gelingen, wenn die Regierungen der Länder und die Mehrheit des deutschen Volkes ebenfalls von dem Willen beseelt sind, das Reich zu erhalten und die Reichsregierung zu stützen. In dem Kampf um die Erhaltung der deutschen Republik müssen alle andern Streitpunkte vorerst zurücktreten. In diesem Kampfe müssen alle Kräfte geeint werden, die es mit der Aufrechterhaltung der Reichseinheit ernst meinen. Vor allen Dingen gilt es für die Arbeiterschaft in den nächsten Tagen, die Augen offen zu halten und ihre Aufmerksamkeit gewissen Waffenlagern zu widmen, die bestehen und über die die Oeffentlichkeit vielmehr schon in Kürze durch nähere Mitteilungen in Erstaunen versetzt wird."

Verhängung des Ausnahmezustandes

Eine weitere Meldung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes besagt:

Berlin, 23. September. Soweit wir unterrichtet sind, wurden die Vorarbeiten zu einer Verhängung des Ausnahmezustandes und die damit im Zusammenhang notwendig werdenden Maßnahmen in den einzelnen Ministerien bereits abgeschlossen.

Zurückgestellte Kohlenpreiserhöhung

Berlin, 22. September. Der Reichskohlenrat hatte am Freitag einer Erhöhung der Bergarbeiterlöhne zugestimmt und diese Erhöhung zum Anlaß gleichzeitiger Erhöhungen der Kohlenpreise genommen. Am Sonnabend fand erneut eine Besprechung des Reichskohlenrats mit den Reichswirtschaftsministern statt, in der eine Einigung dahingehend erzielt wurde, daß der Beschluß des Reichskohlenrats vorläufig nicht verwirklicht werden soll.

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren

Die kommunistische Presse beschäftigt sich mit unsern Ausführungen vom Sonnabend, in denen wir auf die Frage des Eintritts der Kommunisten in die Regierung eingingen. Wir hatten da gesagt, es käme darauf an, ob die Kommunisten bereit wären, an einer Regierung teilzunehmen, die bereit sei, die bestehende Verfassung und die bestehenden Gesetze zu wahren. In der kommunistischen Presse werden diese Ausführungen als ein sehr wertvolles Eingeständnis der Dresdner Volkszeitung bezeichnet. Es werde als Wesen und Ziel der sozialdemokratischen Politik hingestellt, die bestehenden Gesetze zu wahren, solange eben nicht auf gesetzlichem Wege eine Aenderung des jetzigen Rechts erfolgen kann. Es heißt dann in der kommunistischen Presse:

Was bedeutet das?

In den letzten Jahren sind die breiten Massen in Deutschland von einem kleinen Häuflein junkerlicher und industrieller Raubritter in einem Maße ausgeplündert worden, wie es die Weltgeschichte kaum kennt. Diese kleine Bande reißt den gesamten Volksreichtum an sich und liefert die Massen dem Verhungern aus. Diese Raubritter wuchern und schieben, schließen die Betriebe, schmeißen die Arbeiter aufs Straßenpflaster, wälzen alle Lasten auf die Schultern der Besitzlosen, daß sie zusammenbrechen, treiben das Reich in den Bankrott hinein, ruinieren die Wirtschaft und das Volk. Und wenn die Massen in berechtigter Empörung sich dagegen auflehnen, dann werden die „Hüter der Ordnung" auf sie losgelassen, um mit blauen Bohnen ihren Hunger zu stillen.

Das alles geschieht nach den bestehenden Gesetzen! Die Sozialdemokratie erklärt aber, die bestehenden Gesetze müssen gewahrt werden. Das bedeutet die völlige Bankrotterklärung der V. S. P. D.

Es ist allerdings wahr, unter Wahrung dieser Gesetze könnten auch Kommunisten nichts Besseres erreichen als die Sozialdemokraten. Aber darauf kommt es eben an, Rechtsfragen sind Machtfragen. Das bestehende Recht ist das Recht der Kapitalisten auf Ausbeutung. Dieses Recht muß zerbrochen werden durch die proletarische Revolution, die die Macht der Kapitalisten zerbrechen wird.

Die Kommunisten tun wirklich so, als ob wir mit unsern Ausführungen etwas neues gesagt haben. Ist es den Herrschaften nicht bekannt, daß schon seit Jahrzehnten der deutsche Arbeiter in der bekannten Arbeitermarseillaise singt:

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint' und Spieß nicht kämpfen wir,
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier.

Jetzt haben wir eine demokratische Republik. Mehr denn je ist die Bahn frei für die Revolutionierung der Köpfe, von der wir seit Jahrzehnten gesprochen haben. Daran aber, daß ein so großer Teil der deutschen Proletarier uns noch fernsteht, liegt es in erster Reihe, wenn wir heute in Deutschland auf dem Wege zum Sozialismus noch nicht weitergekommen sind. Es gilt den Teil der Massen zu gewinnen, der uns heute in unserm Kampfe noch nicht genügend unterstützt, dann werden wir auf verfassungsmäßigem Wege die Gesetze in unserm Sinne ändern können. Besteht doch das deutsche Volk in seiner Mehrheit aus Proletariern. Aber gerade die Zersplitterungsarbeit der Kommunisten schwächt die politische Stoßkraft des Proletariats. Wir könnten in Deutschland ein gutes Stück weiter sein, wenn nicht so viel proletarische Kraft im Bruderkampf verloren ginge. Tausende, die sonst für die proletarische Sache zu gewinnen wären, werden heute abgestoßen, weil sich die sozialistischen Parteien untereinander zerfleischen.

Die Kommunisten stellen es so hin, als ob dem Proletariat der Sieg sicher sei, wenn wir nach ihren Gewaltmethoden verfahren. Woher wissen sie das? Können sie uns die Gewähr geben, daß ein Kampf, wie sie ihn wollen, nicht wesentlich anders ausgeht, als die Arbeiterschaft das wünschen muß? Sind wir sicher davor, daß unter dem Druck des verschärften Elends, das ein Bürgerkrieg hervorzurufen droht, auch ein Teil des Proletariats sich irgend einem starken Mann in die Arme wirft, der Ordnung zu schaffen verspricht und dann ein neues reaktionäres Regiment in Deutschland aufrichtet? Sind wir unbedingt davor geschützt, daß es in Deutschland ebenso geht, wie in Ungarn oder in Italien? Ueber diese und ähnliche Fragen scheinen sich die Kommunisten nicht den Kopf zu zerbrechen. Sie spielen in leichtfertiger Weise mit dem Geschick des deutschen Proletariats.

Vertrauensvotum für Zeigner

Am Sonnabend den 22. September nahm der Gesamtvorstand der V. S. P. D. Groß-Dresdens nach einem Bericht des Landesvorsitzenden Eggert über die Beratungen der sächsischen Landesinstanzen der V. S. P. D. in der Angelegenheit sächsische Regierung und Geßler noch mehrstündiger Aussprache, an der sich auch Mitglieder der Landtagsfraktion und des Landesarbeitsausschusses beteiligten, folgende Entschließung mit 41 gegen 19 Stimmen an:

„Der Gesamtvorstand der V. S. P. D. Groß-Dresden bedauert, daß in der Entschließung des Landesarbeitsausschusses der V. S. P. D. zum Fall Geßler die Forderung nach der Beseitigung des Reichswehrministers Geßler fallengelassen wurde.

Der Gesamtvorstand ist jedoch der Auffassung, daß die Forderung auf Beseitigung Geßlers beizubehalten und aufs entschiedenste durchzukämpfen ist. Dazu ist auch die Tribüne des Landtags zu benutzen.

Der Vorstand fordert, daß die Landesinstanzen den Kampf